

Gedränge im einstigen Sumpf

Der Boom an der geschäftigen **Zürcher Bahnhofstrasse** verdrängt alteingesessene Geschäfte

Die Bahnhofstrasse platzt aus allen Nähten. Nirgendwo lässt sich in der Schweiz so viel Geld verdienen wie an der Zürcher Renommiermeile. In Zukunft sollen auch die Querstrassen vom Boom profitieren.

FLAVIAN CAJACOB, ZÜRICH

Der Schweiz teuerstes Pflaster war einst nicht mehr als ein Graben in feuchtem Sumpf. Heute allerdings geht von der Zürcher Bahnhofstrasse jenes Flair aus, das die Touristiker und Ökonomen gerne mit «mondän» und «exklusiv» umschreiben. Selbst Vergleiche mit der 5th Avenue in New York oder den Champs Elysées in Paris werden nicht gescheut. Und ein solcher Ruf weckt Begehrlichkeiten.

Nachfrage ist nicht zu befriedigen

Wie Perlen an einer Schnur reihen sie sich auf, die 130 Geschäfte zwischen Hauptbahnhof und Seebecken, darunter exklusive Namen wie Armani oder Cartier, vertreten aber sind auch Allerweltsketten wie H&M und Esprit. «Wer internationales Renommee genießt, der will an die Bahnhofstrasse», sagt der Betriebswirt Marc-Christian Riebe vom Standortentwickler Location Services. Der Haken an der Sache: Pro Jahr werden im Schnitt vielleicht gerade mal zwei Lokalitäten frei, die Nachfrage indes überschreitet das Angebot bei weitem. «Jede Parterrefläche an der Bahnhofstrasse könnte dreimal vermietet werden», schätzt Riebe und stapelt damit bewusst tief.

Nutznieser der momentanen Situation sind primär die Liegenschaftsbesitzer. Denn was lernen wir bereits in frühen Schuljahren? Genau: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Wer also an guter Passantenlage mit seiner Auslage vertreten sein will, der hat tief, sehr tief in die Tasche zu greifen. Bis zu



Bahnhofstrasse Zürich: Die **Spendier- und Rentiermeile** will in die Seitengassen ausdehnen.

EX-PRESS/DAVID ADAIR

7150 Franken zahlen Geschäfte am 1,4 Kilometer langen Boulevard für die Miete von einem einzigen Quadratmeter pro Jahr. Hinzu kommen nicht selten so genannte «Schlüsselgelder» in Millionenhöhe, die bei Mietbeginn fällig werden. Teurer ist es lediglich in New York, Hongkong, Paris, London und Tokio.

Allerdings lässt sich dort pro Quadratmeter nicht so viel verdienen wie an Zürichs Renommiermeile. «Relativ kleine Verkaufsflächen, das weltweit höchste Pro-Kopf-Einkommen und die stärkste Kaufkraft – all dies trägt dazu bei, dass Zürich und die Bahnhofstrasse bei den internationalen Labels einen so hohen Stellenwert genießen», führt Marc-Christian Riebe aus.

Logische Folge davon: Die zahlungskräftigen Ketten verdrängen kleinere, mitunter alteingesessene Traditionshäuser wie Leder-Locher oder Trois Pommes. Die weichen aus auf andere Standorte, etwa ins Niederdorf, oder strecken ob der mächtigen Konkurrenz endgültig die Waffen.

Die Liste der grossen Handelsunternehmen, die lieber heute als morgen ein Geschäft an der Bahnhofstrasse eröffnen würden, ist gemäss Riebe Hunderte Einträge lang; darunter finden sich bekannte Namen wie Adidas, Fnac oder Marks & Spencer. Ihr neues Revier bereits abgesteckt hat derweil Swatch. Am Paradeplatz, an bester Lage, eröffnet der weltgrösste Uh-

renkonzern in den Räumlichkeiten eines Pelzgeschäftes demnächst eine Luxusuhren-Boutique. Pikantes Detail: Der Prachtladen kommt Tür an Tür zum alteingesessenen Uhrengeschäft Türler zu liegen und wird wohl die selben Uhrenmarken im Sortiment führen wie dieses.

Offensive in den Seitengassen

Während die Bahnhofstrasse täglich von über hunderttausend Passanten durchschritten wird, fristet manch eine Seitengasse ein ruhiges Dasein. Hier schlummert nach Meinung von Standortentwickler Riebe ein riesiges Potenzial. Die Mietpreise lägen im Vergleich zur Bahnhofstrasse in einem relativ

moderaten Bereich, Innenhöfe, in denen heute Autos parken oder provisorische Annexbauten stehen, liessen sich zu eigentlichen Konsum- oder Verweilinseln mit Gastronomieangebot umgestalten, manche Büroräumlichkeit könnte zudem als Laden genutzt werden und so wiederum die Passantenströme weg von der Bahnhofstrasse in die bis jetzt weniger erschlossenen Gebiete lenken.

Das Flanieren soll inskünftig grossräumiger vorstatten gehen. «Läden», sagt Riebe, «sind das Aushängeschild einer jeden Stadt.» Bis in fünf Jahren, davon ist er überzeugt, wird die Verästelung der Bahnhofstrasse bereits weit vorangeschritten sein.

Eingliedern mit Hilfe und Zwang

NEUENBURG Der Kanton Neuenburg hat neue Strukturen geschaffen, um arbeitslose Menschen, die jünger als dreissig sind, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gestern stellte die Regierung ihr Massnahmenpaket vor. Es gelte, dass nun auch die Firmen ihren Beitrag leisteten, sagte Volkswirtschaftsdirektor Bernard Soguel. Zurzeit gebe es erst für einen Drittel der etwa 1000 jungen Arbeitslosen Aussichten auf einen Arbeitsplatz.

Dank dem neuen System würden die Personen identifiziert, die für einen der Arbeitsplätze geeignet seien. Anschliessend stelle man den Kontakt zu den Firmen her. Den Unternehmen würden nur Personen vorgeschlagen, die für die entsprechende Arbeit auch geeignet seien. Die ersten Erfahrungen seien positiv. Seit Einführung des Modells habe man 65 Fälle geprüft. 38 davon seien als integrierbar beurteilt worden. Sieben von ihnen hätten in der Zwischenzeit bereits eine Stelle gefunden. Wie Soguel weiter erklärte, entfaltet das System auch erwünschte Nebeneffekte. Es gebe Fälle von Sozialhilfebezügern in dieser Alterskategorie, die spontan einen Job angetreten hätten.

Der für die Sozialhilfe zuständige Staatsrat Roland Debély führt dies darauf zurück, dass diese Personen gemerkt hätten, dass sie dem Eingliederungsprogramm nicht entkommen könnten. Vorgesehen sind nämlich neben Anreizen auch Zwangsmassnahmen. Wer sich dem Programm verweigere, riskiere eine 15- bis 25-prozentige Kürzung der Sozialhilfe, sagte Debély. (sda)

KURZ

«Erzföderalist» Blocher

AARAU Bundesrat Christoph Blocher lobte gestern an einer Wahlveranstaltung in Aarau den «Kantönlicheist». Föderalismus sei eine Chance und ermögliche den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen. Harmonisierung schwäche diesen Wettbewerb. Blocher bezeichnete sich selbst als überzeugten «Erzföderalisten». (sda)

Gedrosselte Presseförderung

MEDIEN Der Bund soll die Posttaxen nur noch für Regional- und Lokalblätter und für die kleinere Mitgliederpresse verbilligen. Der Nationalrat ist gestern auf diese Linie eingeschwenkt, will für diese indirekte Presseförderung aber 60 statt nur 30 Millionen Franken einsetzen. Ursprünglich wollte der Nationalrat, dass die Post weiterhin allen Zeitungen Vorzugspreise gewährt und vom Bund dafür jährlich maximal 60 Millionen Franken erhält. 20 weitere Millionen hätte die Post bekommen, um die Beförderung kleinauflägiger Titel zusätzlich zu verbilligen. Nun hält sich der Nationalrat aber an den Lösungsvorschlag des Ständerats: Auf eine «Giesskanne» für Grossverlage wird verzichtet; profitieren sollen nur Regional- und Lokalzeitungen bis zu einer Auflage von 40 000 und Mitgliederblätter nicht gewinnorientierter Organisationen bis zu einer Auflage von 300 000 Exemplaren.

Fördern und nicht nur erhalten

Nur auf halbem Weg entgegenkommen wollte der Nationalrat der kleinen Kammer aber bei der Höhe der Bundeshilfe. Er verdoppelte die Hilfe für die Regional- und Lokalpresse von 20 auf 40 Millionen und für die Mitgliederpresse von 10 auf 20 Millionen. Der Rat wollte den Fördereffekt zugunsten der für die Demokratie wichtigen kleinauflägigen Titel verstärken und bei der Mitgliederpresse die heutigen Endpreise garantieren. Allerdings wird die Unterstützung nur bis ins Jahr 2011 zugesichert. (sda)

Überschattete Solarförderung

AGRARPOLITIK Die Agrarpolitik 2011 ist praktisch unter Dach: Der Ständerat hat gestern dem Vorschlag der Einigungskonferenz zugestimmt, Solaranlagen privilegiert zu bewilligen – allerdings nur widerwillig und mit einigem Murren.

Die Einigungskonferenz war nötig, weil der Nationalrat an einer Sonderbestimmung über die Förderung erneuerbarer Energien im Raumplanungsgesetz festgehalten hatte. Neu sollen nun Solaranlagen überall und immer dann bewilligt werden, wenn sie keine anerkannten Kultur- und Naturdenkmäler beeinträchtigen.

Niemand im Ständerat war glücklich über den von der Einigungskonferenz vorgeschlagenen Ausweg. Hans Lauri (avp, BE) sprach von einem in zehn Minuten geborenen «Nonsens-Artikel», der ins kantonale Recht eingreife. Für Thomas Pfisterer (fdp, AG) richtet dieser «Sündenfall» das Institut der Einigungskonferenz zugrunde. Bruno Frick (cvp, SZ) und Eugen David (cvp, SG) entgegneten, bei der Einigungskonferenz gehe es darum, auf der Zielgeraden Lösungen zu suchen und dabei «kleine Kröten zu schlucken». Bundesrätin Doris Leuthard sagte, es wäre unverhältnismässig, die ganze Agrarpolitik 2011 an dieser Frage scheitern zu lassen.

Der Vorschlag der Einigungskonferenz kommt am Mittwoch in den Nationalrat. Dann sollte das Landwirtschaftsgesetz bereinigt sein. Noch nicht entschieden ist über die Modernisierung des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts. (sda)

Aufschwung senkt Zahl neuer IV-Fälle

Deutlich weniger **unfallbedingte IV-Renten**

Immer weniger Menschen werden in der Schweiz aufgrund von Unfällen invalid. In ihrer neuesten Erhebung belegen die Unfallversicherer einen Rückgang von 13 Prozent bei den neu registrierten Fällen.

Die Kosten der Unfälle steigen jeweils zu Beginn einer Rezession sofort an. Erholt sich aber die Wirtschaft, sinken sie auch sogleich wieder. Wie die Suva gestern darlegte, ist dieser Mechanismus auch in der Schweiz feststellbar. Schon 2004 wies die Statistik der Unfallversicherer einen Rückgang aus. Im Berichtsjahr 2005 hat sich der Trend verstärkt.

Der Anstieg der Unfallkosten in einer Rezession ist mit dem gleichzeitigen Anstieg der Stellensuchen zu erklären. Durch den grösseren Druck am Arbeitsmarkt können mehr Verunfallte überhaupt nicht wieder ins Arbeitsleben eingegliedert werden. Zudem dauern auch erfolgreiche Wiedereingliederungen länger, so dass höhere Tagelöhne anfallen.

Renten reagieren verzögert

2005 sanken die Gesamtkosten der Unfälle um 1,3 Prozent. Die neuen Invalidenrenten nahmen um 13 Prozent ab. Diese Renten

machen zusammen mit den Tagelöhnen über 60 Prozent der Unfallkosten aus. Trotz diesem Trend haben die 36 Schweizer Unfallversicherer 2005 ihre Nettoprämien um 8,5 Prozent gesteigert. Dass gleichzeitig die Prämien stiegen, erklärt sich durch die Finanzierungsweise.

Das Unfallversicherungsgesetz schreibt nämlich vor, dass die Prämien jedes Unfalljahrganges ausreichen müssen, um alle künftigen Kosten dieser Unfälle zu finanzieren. Da die Abwicklung der Schadenfälle langwierig ist, dauert es lange, bis die Kosten eines Jahrganges bekannt sind. Die Prämie ist aber im Voraus zu entrichten. Darum ergibt sich, dass die Nettoprämien erst verzögert auf den Konjunkturzyklus reagieren.

Immer höherer Freizeitanteil

Der Aufwand für Berufsunfälle und -krankheiten betrug 2005 noch 6,80 Franken pro 1000 Franken Lohnsumme, ein Rückgang von 3 Prozent innert 18 Jahren. Die Suva erklärt dieses Phänomen durch die Präventionsarbeit und die Abnahme von risikoreichen Arbeitsplätzen im wirtschaftlichen Strukturwandel. Demgegenüber stieg der Aufwand für Freizeitunfälle in den vergangenen 18 Jahren um gut einen Viertel auf 12,50 Franken. (sda)

Keine Einigung von Täter und Opfer

Einheitliche Regeln bei **Strafprozessen**

Die Strafverfolgung soll Sache des Staates bleiben. Bei der Vereinheitlichung des Strafrechts hat der Nationalrat am Dienstag die Einführung eines Mediationsverfahrens abgelehnt.

Aus den heute 29 Strafprozessordnungen der Kantone und des Bundes soll eine einzige werden. Nach dem Ständerat hat sich der Nationalrat der Vereinheitlichung der Strafprozessregeln angenommen. Anders als die kleine Kammer will er die Mediation nicht ins Prozessrecht aufnehmen. Die Mediation hätte dem Staatsanwalt die Möglichkeit gegeben, zwischen Opfer und Täter eine einvernehmliche Lösung zu fördern. Bereits der Ständerat hatte den Vorschlag des Bundesrats zur blossen Option herabgestuft. Der Nationalrat warf das neue Instrument nun mit 92 zu 75 Stimmen ganz aus der Strafprozessordnung.

Die Linke hatte vergeblich für die Mediation gekämpft. Damit werde der Täter eingegliedert statt ausgegliedert, sagte Anne-Catherine Menétrey-Savary (grüne, VD). Laut Daniel Vischer (grüne, ZH) ist die Mediation auch im Interesse des Opfers: Anders als im Strafprozess sei nämlich eine echte Aus-

söhnung möglich. Auch bei den bürgerlichen Fraktionen genoss die Mediation grundsätzlich Sympathie. Gabi Huber (fdp, UR) sprach von einem innovativen Instrument. Doch insgesamt überwiegen die Nachteile. Gegen die Mediation ins Feld geführt wurden insbesondere die zusätzlichen Kosten für die Kantone.

Auch der Bundesrat hatte sich inzwischen von der Idee verabschiedet. Ausschlaggebend waren laut Justizminister Christoph Blocher die Resultate eines Zürcher Versuchs. Dieser habe gezeigt, dass beträchtliche Kosten entstehen und die Verfahren wesentlich länger dauern. Ausserdem hätten mehrere Parlamentarier bereits damit gedroht, die Vorlage als Ganzes zu verwerfen, wenn die Mediation drinbleibe, sagte Blocher.

Erfolgos verlangte die Linke zudem, dass Leibesvisitationen, die in die Intimsphäre eingreifen, immer von einer Person gleichen Geschlechts durchgeführt werden müssen. Laut Blocher fehlt dazu möglicherweise die Zeit, wenn Gift oder Sprengstoffe im Intimbereich versteckt werden. Umgekehrt unterlag auch eine SVP-Minderheit, die der Polizei die selbständige Möglichkeit zur präventiven Observation geben wollte.

Die Vorlage wird heute Mittwoch zu Ende beraten. (sda)